Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1840

Deutsche Delegation der Beratenden Versammlung des Europarates

Bericht

über die Tagung der Beratenden Versammlung des Europarates vom 24. bis 28. April 1967 in Straßburg

Der Beginn des ersten Teiles der 19. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung des Europarates stand unter dem Eindruck des Todes von Konrad Adenauer; sowohl in der Eröffnungsrede des Alterspräsidenten Marius Moutet wie in einer feierlichen Sondersitzung, in der Präsident Sir Geoffrey de Freitas und der Sprecher der deutschen Delegation, Abg. Dr. Serres, das Wort ergriffen, und in den Reden des belgischen Außenministers Harmel und zahlreicher Delegierter aus verschiedenen Nationen im weiteren Verlauf der Tagung wurden die Verdienste des früheren Bundeskanzlers gewürdigt und der Verlust, den Europa erlitten hat, bedauert. Der Präsident der Beratenden Versammlung lud außerdem zu einer vom Bischof von Straßburg im Münster zelebrierten kirchlichen Trauerfeier ein.

Die beiden politischen Berichte über die allgemeine Politik des Europarates und über Friedensbemühungen wurden von dem dänischen Liberalen Per Federspiel und dem norwegischen Sozialisten Finn Moe vorgelegt, die sich vor allem mit dem gegenwärtigen Stand der politischen Einigung Westeuropas, der Situation des Europarates, und mit der Entspannungspolitik gegenüber dem Osten beschäftigten. Die Errichtung eines Instituts für die Erforschung der Gründe internationaler Konflikte wird darin angeregt.

Abg. Blachstein (SPD) betonte hierzu, daß die Probleme der Abrüstung und der Entspannung lebenswichtige Probleme für die Bundesrepublik seien; sie bejahe den Atomsperrvertrag durchaus, soweit dadurch nicht die industrielle, wirtschaftliche, wissenschaftliche, technologische und handelspolitische Freiheit der Industrienationen behindert und auch die Atomabrüstung der beiden Großmächte darin eingeschlossen werde. Die Bundesrepublik habe auf die Produktion und den Besitz von Atomwaffen verzichtet, ihre eigene Sicherheit sehe sie durch ihre Zugehörigkeit zur NATO garantiert, sie sei deshalb aber auch auf die volle Wirksamkeit des atlantischen Bündnisses angewiesen; wenn die Präsenz amerikanischer Truppen in Europa garantiert sei, könne über eine beiderseitige kontrollierte Abrüstung und über ein neues europäisches Sicherheitssystem verhandelt werden. Die Bundesrepublik unter ihrer neuen Regierung sei bereit, zu den Nachbarn im Osten normale Beziehungen herzustellen; das Abkommen von München werde von der Bundesregierung nicht mehr als gültig angesehen und es gebe keine unüberwindlichen Schwierigkeiten, die eine Normalisierung der Beziehungen zur Tschechoslowakei verhindern könnten. Die Bundesrepublik werde auch Opfer bringen, um zu einer Verständigung mit Polen zu kommen; sie werde sich um ein verbessertes Verhältnis zur Sowjetunion bemühen, obwohl gerade diese bisher am wenigsten Verständigungsbereitschaft gezeigt habe. Die Bundesregierung sei zu Gesprächen mit dem kommunistischen Teil Deutschlands ebenso bereit wie zu offiziellen Gewaltsverzichtserklärungen gegenüber allen ihren Nachbarn; eine konsequente Fortsetzung dieser Politik werde das Mißtrauen allmählich abbauen. Mit Besorgnis sehe er einen neuen Nationalismus in Europa und in Deutschland heraufkommen, zum Teil als Folge enttäuschter politischer Hoffnungen; nur eine intensivierte europäische Zusammenarbeit, die Erweiterung der EWG und neue Versuche, die europäische politische Gemeinschaft zu verwirklichen, könnten dem entgegenwirken. Dankbar begrüßte er die Unterstützung der europäischen Freunde bei der Vertretung des deutschen Standpunktes gegenüber den Repräsentanten des Ostens.

Abg Dr. Schulz (Berlin) (SPD) hob hervor, daß die politische Zusammenarbeit Westeuropas geradezu die Voraussetzung für eine erfolgreiche Entspannungspolitik sei. Er bedauerte in diesem Zusammenhang, daß nicht nur im vorliegenden Bericht,

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

sondern in der gesamten europäischen Einigungspolitik der letzten Jahre jedes visionäre Element fehle, daß man es nicht mehr wage, sich zu den begeisternden Ursprungszielen zu bekennen, an große Fortschritte zu denken und sich mit kleinen praktischen Ergebnissen begnüge, womit vielfach nur der Widerstand gegen die großen Ziele kaschiert werden solle. Der Realismus, mit dem man angeblich die Entwicklung betrachte, könne leicht in Defätismus umschlagen; man müsse nach klaren menschlichen Verantwortungen suchen, statt anonyme Konstellationen für die enttäuschten Entwicklungen verantwortlich zu machen. Auch die Beratende Versammlung habe sich im Laufe der Jahre einen würdevollen Rhythmus angewöhnt, der allmählich in Routine und Leerlauf zu erstarren drohe, wenn es ihr nicht gelinge, wirkliche politische Impulse zu geben, indem sie sich den politischen Problemen anpasse, die gerade aktuell seien, ob es sich um politische, wirtschaftliche oder wissenschaftliche handele; im Augenblick sei es wohl die wissenschaftliche und technologische Entwicklung, die allen Europäern und vor allem dem Europarat Anlaß zu ernsthaftem Nachdenken und wirksamem Eingreifen geben müsse. Abg. Schulz erinnerte daran, daß am 11. November 1968 50 Jahre verflossen sein werden, seit sich die europäischen Völker am Ende des ersten Weltkrieges mit aller Deutlichkeit der Gefährlichkeit ihrer Situation bewußt geworden seien, alle sollten sich überlegen, was für den Fortschritt der europäischen Sache geschehen könne, damit weitere Barrieren beseitigt werden, die dem europäischen Einigungswillen noch im Wege stehen, um 50 Jahre nach der Katastrophe des ersten Weltkrieges den Bürgern Europas echte Leistungen vorweisen zu können.

Abg. Blumenfeld (CDU/CSU) hob hervor, daß es nicht nur Mißverständnisse seien, die bisher die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes verhindert haben, sondern daß noch echte Meinungsverschiedenheiten zu überwinden seien; er wies ferner darauf hin, daß es dringend erforderlich sei, an der modernen Wirtschaft und Technologie auch die Dritte Welt teilhaben zu lassen, sonst könne es geschehen, daß nach Beseitigung der Ost-West-Spannung ein neues Nord-Süd-Spannungsverhältnis entstehen werde, das sich verhängnisvoller auswirken könne als die gegenwärtige Spannung, die zwar langsam aber doch fühlbar abgebaut werde. Zum Abbau dieser Spannungen sei leider Ostberlin am wenigsten bereit, und es werde dabei von Moskau unterstützt. Von Ostberlin werde der im Westen betriebenen Entspannungspolitik der heftigste Widerstand entgegengesetzt, aber es wäre nutzlos, die ganzen Entspannungsbemühungen auf Pankow zu konzentrieren, weil sie dort mit Sicherheit zu einem Mißerfolg führen werden. So wichtig die Unterstützung der deutschen Bemühungen um eine Verständigung mit den Ostblockländern durch die europäischen Freunde sei, so sehr glaube er, daß die Herstellung erträglicher Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands eine rein deutsche Angelegenheit sei, und daß es der Bundesregierung überlassen bleiben müsse, das Tempo anzugeben, in dem die Kontakte aufgenommen werden können. Der Wunsch nach Sicherheit sei allen Staaten gemeinsam, und dieses Interesse sei vielleicht stärker als unterschiedliche ideologische Bindungen; das gebe ihm die Hoffnung, daß die Entspannungsbemühungen am Ende doch erfolgreich sein werden. Er halte deshalb auch Kontaktaufnahmen mit Ostblockländern, wie sie Generalsekretär Smithers eingeleitet habe, für sinnvoll.

Wie bei früheren Gelegenheiten fand ein Meinungsaustausch zwischen Mitgliedern des amerikanischen Kongresses und Abgeordneten der Beratenden Versammlung des Europarates statt. Abg. Blumenfeld fragte dabei nach den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Europa, nach den Auswirkungen der Kennedy-Runde und nach den möglichen Konsequenzen einer weiteren wirtschaftlichen Rezession in Europa; Abg. Flämig (SPD) stellte Fragen nach den zivilen Auswirkungen des Atomsperrvertrages, nach der Bereitschaft Amerikas zur Kontrolle der zivilen Kernenergie, nach der Versorgung der zivilen Nuklearmächte mit Kernbrennstoffen und nach der zukünftigen Unterrichtung der zivilen Atommächte über wissenschaftliche Erkenntnisse der großen Nuklearmächte. Abg. Kahn-Ackermann (SPD) fragte nach der Unterstützung der Entwicklungsländer durch die Vereinigten Staaten sowie nach dem Austausch der Informationen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Frau Abg. Klee (CDU/CSU) erkundigte sich nach der Anerkennung europäischer akademischer Diplome in den Vereinigten Staaten und über die Zulassung europäischer Studenten auf amerikanischen Hochschulen.

Den fünften Tätigkeitsbericht der OECD legte Bundesschatzminister Schmücker vor; er wies dabei auf die Verlangsamung des Expansionstempos hin, die sich in allen europäischen Ländern feststellen ließ und die nicht allein auf konjunkturelle, sondern auch auf strukturelle Schwächen zurückzuführen sei. Wirtschaftswachstum und Geldstabilität müßten gleicherweise gewahrt bleiben, die Anstrengungen der Regierungen aller Länder würden nur dann Erfolg haben, wenn sie mit der Wirtschaftspolitik der gemeinschaftlichen Organisation abgestimmt würden; das gelte insbesondere auch für die internationale Währungspolitik. Der Vorsprung, den die Vereinigten Staaten und Sowjetrußland auf wissenschaftlichem und technologischem Gebiet haben, könne nur dann aufgeholt werden, wenn sich die europäischen Länder zu einer klaren Arbeitsteilung zusammenfänden. Besonders eingehend behandelte Minister Schmücker die Frage der Entwicklungshilfe, der in der OECD große Aufmerksamkeit gewidmet werde; ein Abkommen über den Schutz ausländischen Eigentums dürfte demnächst vom Rat der OECD gebilligt werden und sei als Maßnahme zur Förderung von Privatinvestitionen gedacht; ferner werde zur Zeit geprüft, wie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen West und Ost erweitert werden könnten.

In der Wirtschaftsdebatte betonte auch Abg. Dr. Serres (CDU/CSU), wie wichtig und dringend eine Konvention über den Schutz des privaten Eigen-

tums und eine internationale Agentur für die Absicherung der Investitionen in den Entwicklungsländern sei; es sei bei der gegenwärtigen Lage der öffentlichen Haushalte unvermeidlich, daß ihre Aufwendungen für die Entwicklungshilfe zurückgingen, um so mehr seien die Entwicklungsländer auf private Investitionen angewiesen. Abg. Dr. Serres sprach weiterhin die Erwartung aus, daß die Schluß-Verhandlungen der Kennedy-Runde und die beginnenden Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt einen günstigen Verlauf nehmen möchten. Die Bundesrepublik habe die Teilung Europas in zwei Wirtschaftsblöcke immer bedauert und hoffe, daß das Beitrittsgesuch Großbritanniens positiv aufgenommen werde.

Als Berichterstatter des Büros der Versammlung gab deren Vizepräsident, Abg. Prof. Dr. Wahl (CDU/CSU), gewisse geschäftsordnungsmäßige Neuerungen bekannt, u. a. die Einsetzung eines neuen Ausschusses für Wissenschaft und Technologie.

Während der Tagung wurde in feierlicher Sitzung der Europapreis 1967 der Stadt Straßburg verliehen; ferner gedachte die Versammlung des 20. Jahrestages der Verkündung des Marshallplanes.

Der Umsturz in Griechenland gab Anlaß zu einer Debatte, zumal ein Teil der griechischen Kollegen in der Beratenden Versammlung unmittelbar betroffen waren. Der Präsident brachte den Wunsch zum Ausdruck, daß man in Griechenland bald wieder zu einer demokratischen Ordnung zurückkehren möge, die dem Statut des Europarates und der Konvention der Menschenrechte entspreche.

Der Generalsekretär des Europarates legte das neue Arbeitsprogramm vor, das vor allem neue Vorschläge für die Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa enthält.

Bei den zu Beginn der Sitzungsperiode statutengemäß fälligen Neuwahlen wurden Sir Geoffrey de Freitas (brit. Labour) als Präsident und Abg. Prof. Dr. Wahl als deutscher Vizepräsident der Beratenden Versammlung wiedergewählt. Folgende deutsche Mitglieder wurden zu Ausschußvorsitzenden gewählt:

Bauer (Würzburg) (Geschäftsordnungsausschuß), Kahn-Ackermann (Kulturausschuß), Dr. Freiherr von Vittinghoff-Schell (Landwirtschaftsausschuß); zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden gewählt: Frau Klee (Ausschuß für die nicht vertretenen Nationen), Dr. Serres (Wirtschaftsausschuß), Prof. Dr. Wahl (Rechtsausschuß).

Dr. Serres

Der Sprecher

Dr. Schulz (Berlin)

Der stellvertretende Sprecher